«Kurz gefasst»

Geringe öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Die zentrale Herausforderung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit ist schwaches Produktivitätswachstum. Während Unternehmen in Europa zwar weiterhin produktiver werden, geschieht dies in einem wesentlich langsameren Tempo als bei globalen Mitbewerbern. Sowohl öffentliche als auch private Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) wirken sich positiv auf die Produktivität aus. Dabei wird das Produktivitätswachstum allerdings auf unterschiedliche Weise gefördert.

Private F&E-Ausgaben führen direkt zu Innovationen und Effizienzsteigerungen innerhalb der investierenden Unternehmen. Diese Investitionen resultieren oft in neuen Produkten und verbesserten Produktionsprozessen, welche die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Öffentliche F&E-Investitionen hingegen spielen eine entscheidende Rolle bei der Schaffung von Grundlagenwissen und der Stärkung von Forschungsbereichen, die für private Unternehmen möglicherweise zu riskant oder zu langfristig orientiert sind. Durch die Finanzierung von Universitäten, öffentlichen Forschungseinrichtungen und gross angelegten Projekten trägt der Staat zu wissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Durchbrüchen bei.

Eine kürzlich von der Europäischen Zentralbank veröffentlichte Studie zeigt, dass sich öffentliche und private F&E-Ausgaben ergänzen und positive Synergien hervorrufen. Öffentliche Investitionen schaffen ein Umfeld, in dem private Unternehmen auf vorhandenes Wissen aufbauen und in eigene Innovationen übersetzen können. Damit legen sie oft den Grundstein für Technologien, die später von der Privatwirtschaft kommerzialisiert werden können, wie etwa das Internet, GPS, mRNA-Impfstoffe oder Touchscreens. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen staatlicher und privater F&E-Finanzierung ist daher essenziell, um nachhaltiges Produktivitätswachstum zu gewährleisten. Die Studie unterstreicht die Bedeutung von politischen Massnahmen, die sowohl öffentliche als auch private F&E-Investitionen fördern. Dazu gehören steuerliche Anreize für Unternehmen sowie eine ausreichende staatliche Finanzierung von Bildung und Grundlagenforschung.

Während private F&E-Ausgaben in Liechtenstein sehr hoch sind, sind die staatlichen Ausgaben tief. Laut dem Amt für Statistik wurden 2023 in Liechtenstein lediglich 2,4 Prozent der F&E-Ausgaben öffentlich finanziert. Im Vergleich dazu waren es in der Schweiz 2021 fast 32 Prozent, ein über dreizehnfach höherer Anteil. Die F&E-Statistik weist für Liechtenstein dabei Aufwendungen für drei Forschungsarten aus: experimentelle Entwicklungen, angewandte Forschung und Grundlagenforschung. Während privatwirtschaftliche Akteure nur 3,0 Prozent ihrer Forschungsausgaben für Grundlagenforschung tätigen, sind es bei den Forschungseinrichtungen, die grösstenteils öffentlich finanziert werden, 47,9 Prozent.



Martin Geiger
Ökonom am
Liechtenstein-Institut